

K-3-B Solidarität statt Krisen!

Gremium: 56. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.10.2022
Tagesordnungspunkt: K Solidarität statt Krisen!

Antragstext

Solidarität statt Krisen!

Die Welt verändert sich immer rasanter. Mit dem Krieg in der Ukraine verstärken sich gesellschaftliche Krisen, die durch die Corona-Pandemie sowieso befeuert wurden. Immer mehr Menschen leben in Armut, sind auf den Zweit- oder Dritttjob angewiesen, gehen zu Tafeln und richten sich darauf ein, sich im Winter das Heizen nicht mehr leisten zu können. Gleichzeitig erleben wir, wie ein falscher Widerspruch zwischen Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit hergestellt und so das Ende des Monats gegen das Ende des Jahrzehnts ausgespielt wird. Ein Jahr nach der Bundestagswahl schauen wir auf eine Regierung, die auf diese dramatische Lage keine ausreichende Antwort findet.

Für uns bleibt klar: Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine. Wir setzen uns für humanitäre Hilfen während und nach dem Krieg, der Unterstützung der russischen Oppositionellen, die Aufnahme von Geflüchteten, militärische Unterstützung und das Ende der Finanzierung des russischen Angriffskrieges durch die Hintertür ein. Dieser Krieg verursacht schreckliches Leid und muss ein schnellstmögliches Ende finden, ein Diktatfrieden auf dem Rücken der Ukrainer*innen ist aber keine Option. Russland ist als Aggressor der alleinige Auslöser für den Krieg und die einzige Kriegspartei, die diesen Krieg beenden kann. Die Ukraine darf nicht bevormundet werden, wie der Krieg zu beenden ist und wann er für sie beendet ist. Verhandlungen sollten also nur im Sinne der Ukrainer*innen stattfinden. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Dabei sind Forderungen nach der Öffnung von Nordstream 2 oder der Laufzeitverlängerung der verbleibenden Atomkraftwerke Nebelkerzen. Wir brauchen günstige, erneuerbare Energie für alle, statt Hochrisikotechnologie und Abhängigkeit von autoritären Staaten!

Die Krise ist jetzt!

28 Studierende, Familien mit vielen Kindern, Rentner*innen,
29 Grundsicherungsbezieher*innen und Menschen in prekären
30 Beschäftigungsverhältnissen haben immer weniger zum Leben bei immer höheren
31 Kosten zur Lebenserhaltung. 40 Prozent der Erwachsenen haben kein Ersparnis
32 mehr, mit dem sie in der aktuellen Situation über die Runden kommen könnten. Und
33 auch die zum 01. Oktober geltende Anpassung des Mindestlohns ist durch die
34 Inflation fast vollständig verpufft - dabei war dies eines der zentralen
35 Vorhaben der Ampel, um für mehr Lohngerechtigkeit zu sorgen.

36 Gleichzeitig befinden wir uns in einer Situation realer Gasknappheit. Für die
37 Gesellschaft hätte es dramatische Folgen, wenn unsere Energieversorgung
38 zusammenbrechen würde. Dadurch, dass unsere Energieversorgung privat und nicht
39 öffentlich organisiert ist, ergibt sich daraus die Notwendigkeit,
40 versorgungsrelevante Unternehmen zu retten.

41 Es ist aber aus unserer Sicht der falsche Weg, dafür eine komplizierte Gasumlage
42 auf den Weg zu bringen, anstatt die betroffenen Unternehmen über den Haushalt zu
43 unterstützen und dafür ein Mitspracherecht der öffentlichen Hand einzufordern.
44 Dass die Gasumlage kommt, liegt daran, dass die Ampel weiter daran festhält, die
45 Schuldenbremse einzuhalten.

46 Die Verluste von Unternehmen muss die Gesellschaft zahlen, aber die Gewinne
47 werden weiter privatisiert. Zu einem Zeitpunkt, in dem für viele unklar ist, wie
48 sie ihre Rechnungen in den nächsten Monaten bezahlen sollen, ist das nicht zu
49 erklären.

50 **Echte soziale Sicherheit? - Fehlanzeige!**

51 Die Regierung hat ein 3. Entlastungspaket geschnürt, mit dem Lücken des alten
52 Pakets ausgebessert und einige notwendige Maßnahmen ins Spiel gebracht werden.
53 Es ist richtig, dass jetzt auch Studierende, Azubis und Rentner*innen
54 berücksichtigt werden, auch wenn 300 Euro im besten Fall nur bereits entstandene
55 Kosten ausgleichen. Dass es ein weiteres, vermeintlich großes Entlastungspaket
56 gibt, ist ein Ausdruck davon, dass der Druck auf die Regierung wächst: Immer
57 mehr Menschen machen ihrem Unmut Luft und fordern eine sozialere Politik ein.

58 Beim genaueren Hinschauen merkt man jedoch, dass die Maßnahmen sehr kompliziert
59 sind und es Monate dauern könnte, bis die weiteren Entlastungen bei den Menschen
60 ankommen.

61 Die vergangene Energiepauschale ist quasi schon aufgebraucht und eine
62 Neuauflage, um die kommenden Kosten abzufedern, sieht das Paket nicht vor. Es
63 ist dem Einsatz der Zivilgesellschaft rund um #9EuroWeiterFahren und anderen
64 Initiativen zu verdanken, dass sich die Ampel darauf geeinigt hat, ein
65 bundesweites Ticket einzuführen. Die Preisspanne ist für diejenigen, die gerade
66 jeden Cent umdrehen müssen, aber noch viel zu hoch.

67 Die Tafeln laufen über, die Preise steigen immer weiter - und die Menschen am
68 Existenzminimum sollen jetzt 50 Euro mehr ab dem nächsten Jahr bekommen. Das ist

69 ein Tropfen auf den heißen Stein.
70 Für die vielen Menschen mit geringem Einkommen, für Studierende und
71 Auszubildende, für Rentner*innen und Menschen in Grundsicherung, für
72 Beschäftigte mit geringem Einkommen bedeutet das, weiterhin mit der Unsicherheit
73 leben zu müssen, die eigenen Rechnungen nicht bezahlen zu können.

74 Die steigenden Preise für Energie, Sprit und Lebensmittel belasten große Teile
75 der Bevölkerung. Dass die Ampel sich sehr schwer damit tut, einen sinnvollen
76 sozialen Ausgleich zu finden, kommt nicht von ungefähr. Schon in den
77 Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen wurden jegliche neue
78 Finanzierungsspielräume wie die Aussetzung der Schuldenbremse oder die
79 Beteiligung von sehr Wohlhabenden am Gemeinwohl durch höhere Steuern
80 ausgeschlossen. Damit hat sie sich selbst der sozialen Grundlage geraubt, die
81 notwendig ist, um in Zeiten von Krisen für Sicherheit zu sorgen. Doch das muss
82 nicht so bleiben! Eine andere Krisenbewältigung ist möglich. Von einer
83 selbsternannten progressiven Regierung erwarten wir mehr. Das gilt auch für die
84 Grüne Partei: Den Status Quo zu verwalten, reicht längst nicht mehr aus.

85 **Krise? Solidarisch bewältigen!**

86 Die Regierung hinkt den steigenden Preisen hinterher. Das, was wir brauchen,
87 sind strukturelle Maßnahmen, die auch in der Zukunft wirken, sonst müssen wir in
88 wenigen Wochen das nächste Entlastungspaket schnüren. Der Unmut steigt. In immer
89 mehr Städten formieren sich Bündnisse, immer mehr Menschen wehren sich gegen
90 hohe Preise und niedrige Löhne. Die politische Rechte versucht derweil, die
91 Krise zu nutzen, um die Solidarität mit der Ukraine zu diffamieren und falsche
92 Widersprüche aufzumachen, um ihr rassistisches, spaltendes Gedankengut
93 salonfähig zu machen. Deswegen versuchen sie, progressive Demonstrationen
94 bewusst einzunehmen, um einen linken Sozialprotest zu verunmöglichen.
95 Vorgeschobene Distanzierungsversuche und Kriminalisierung von sozialem Protest
96 spielen den Rechten in die Hände.

97 Als Grüne Jugend kämpfen wir gemeinsam mit allen demokratischen progressiven
98 Kräften, die für eine solidarische Krisenbewältigung auf die Straße gehen. Denn
99 diese Krise darf nicht auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen werden. Diese
100 Krise muss sozial bewältigt werden. Die Taktik des russischen Regimes,
101 europäische Gesellschaften dadurch zu spalten, dass die steigenden Preise gegen
102 die Unterstützung der Ukrainer*innen ausgespielt werden, darf nicht aufgehen. Um
103 unsere Solidarität mit der Ukraine aufrechtzuerhalten, müssen die Belastungen
104 durch Krieg und Energiekrise solidarisch verteilt werden.

105 Wir fordern:

- 106 • **Zielgerichtete Direktzahlungen** insbesondere für Azubis, Studierende,
107 Empfänger*innen von Sozial- und Transferleistungen, Renter*innen, Menschen

108 mit niedrigem Einkommen und Familien.

109 • **Ein Mietpreisdeckel und ein Moratorium für Zwangsräumungen** sowie für
110 Strom- und Gassperren. Würdiges Wohnen ist ein Grundrecht und darf
111 steigenden Preisen nicht zum Opfer fallen. Schon explodierte Mietpreise
112 müssen begrenzt und reduziert werden, statt noch weiter erhöht zu werden.

113 • **Die Umsetzung von einem Strom- und Gaspreisdeckel**, welcher die Preise für
114 den durchschnittlichen Verbrauch eines Haushalts begrenzt um
115 Verbraucher*innen von horrenden Gaspreisen zu entlasten.

116 • **Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets und massive Investitionen in Bus und
117 Bahn!** So werden Pendler*innen zielgerichtet entlastet, mehr
118 gesellschaftliche Teilhabe durch bezahlbare Mobilität ermöglicht und es
119 wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Das Grundrecht auf Mobilität
120 hin zu einem ticketlosen ÖPNV wird so Stück für Stück Realität.

121 • **Höhere Löhne für alle!** Wir unterstützen die Arbeiter*innen in ihren
122 Tarifverhandlungen. Als Grüne Jugend setzen wir uns weiter für einen
123 höheren, wirklich armutsfesten Mindestlohn ein.

124 • **Energieversorgung sichern!** Unsere Abhängigkeit von fossilen Energien ist
125 der Grund für die steigenden Energiepreise. Der beste Weg, um eine
126 langfristige Energieversorgung sicherzustellen, ist also ein massiver
127 Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir brauchen keine weitere feste fossile
128 Infrastruktur in Form von festen LNG-Terminals, sondern einen
129 konsequenten, schnellen Gasausstieg bis 2035. Perspektivisch gehört die
130 Energieversorgung in die öffentliche Hand.

131 • **Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Grundsicherung ersetzen!**
132 Damit das neue Bürgergeld existenzsichernd ist, müssen die Regelsätze um
133 mindestens 200 Euro steigen, sanktionsfrei.

134 • **Jetzt den Frieden sichern durch die Ausfinanzierung von Friedens- und
135 Demokratiprojekten**, durch eine deutliche Erhöhung der Mittel für globale
136 Ernährungssicherheit und Entwicklungszusammenarbeit, sowie durch eine neue
137 menschenrechtsbasierte Handelsordnung!

138 Egal ob das Sondervermögen oder der Abbau der kalten Progression: Wenn es
139 politisch gewollt ist, ist immer genug Geld da. Bei den Entlastungen für die
140 Menschen wird hingegen wieder gespart.

141 Wir fordern :

142 • **Eine Übergewinnsteuer für Krisenprofiteure**, die übermäßig von den
143 gestiegenen Preisen und Krieg in der Ukraine profitiert haben. Mit den
144 gestiegenen Einnahmen müssen zielgerichtete Entlastungen finanziert
145 werden. Dies nur im Stromsektor zu beschließen, wie bisher von der Ampel
146 vorgesehen, reicht nicht. Wir setzen uns für die Ausweitung auf andere
147 Bereiche und die rückwirkende Erhebung ein.

148 • **Den Abbau und die sukzessive Streichung klimaschädlicher Subventionen.** So
149 schaffen wir mehr Möglichkeiten im Haushalt und leisten einen wichtigen
150 Beitrag zum Erreichen der Klimaziele.

151 • **Die Aussetzung der Schuldenbremse 2023!** Nur so sind die notwendigen
152 Ausgaben im Haushalt 2023 zu finanzieren. Ein weiteres Kaputtsparen der
153 Gesellschaft können wir uns nicht leisten.

154 Wir als GRÜNE JUGEND sagen: Genug ist genug. In den nächsten Wochen und Monaten
155 werden wir für eine soziale Krisenbewältigung kämpfen.

156 Die Grüne Partei ist mit dem Anspruch in die Regierung gegangen, nicht bloß den
157 Status Quo weiter zu verwalten, sondern positive Veränderungen für die
158 Gesellschaft zu erwirken. Jetzt muss es darum gehen, diesem Anspruch gerecht zu
159 werden. Denn ohne eine starke gemeinsame soziale Grundlage wird auch die
160 Bereitschaft für weitgehenden, notwendigen Klimaschutz sinken.

161 Deswegen sehen wir die Grüne Partei, Fraktion und Regierungsmitglieder in der
162 Verantwortung, sich dafür einzusetzen, dass die Ampel echte soziale Antworten
163 auf die Krisen der Zeit gibt.

164 Als Verband werden wir in den nächsten Monaten auf die Straße gehen. An unserer
165 Seite stehen viele, die es satt haben, dass Krisen auf ihrem Rücken ausgetragen
166 werden. Wir stehen Seite an Seite mit ihnen und zeigen, dass es einen anderen
167 Weg gibt: Solidarität statt Krisen!